

Das Lahnsteiner Tageblatt
erschint täglich in Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Bezugspreis
frei ins Haus 2.50 M.
monatlich, bei der Post
abgeholt 2.85 M.
Anzeigenpreis
die einseitige Zeile 30 Pf.
für Anzeigen
außerhalb des Kreises 40
Pf. Reklamen die 2spaltige
Zeile 1.00 M. 1.00 M. 1.00 M.
Wiederholungen m. entfallen
dem Rabatt

Tageblatt

Seit 1863

Zeitung für den Kreis St. Goarshausen

Seit 1863

Ämtliches Kreisblatt

Einziges ämtliches Verkündigungsblatt
sämtlicher Behörden und Ämter des Kreises.



Allgemeiner Anzeiger

für das Gebiet an der unteren Lahn bis
zum Rheingau und den westlichen Taunus.

Abonnements und Anzeigen

werden entgegenommen
in Oberlahnstein in der
Geschäftsstelle des Hrn. a.
Lohn bei den Agenturen
in Braubach, Dachsen-
hausen, Olferspat, Camp,
Kestert, St. Goarshausen,
Laub, Bornich, Wessell,
Miehlen, Nalldorf, Nie-
vern, außerdem nehmen
sämtliche Boten und Post-
anstalten Bestellungen
entgegen.

Nicht nur Pflichten, auch Rechte hat die Landwirtschaft!

Von Abgeordneter Jakob Raffauf, Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Mit Dank hat die Landwirtschaft den Antrag der Zentrumsvorrede begrüßt und der Reichsregierung zugestimmt. Die Antwort des Reichsregierungspräsidenten ging dahin, daß es dem Landwirte frei stehe, falls die festgelegten Preise ihm zu gering erschienen, sich an das Reichswirtschaftsgericht zu wenden — also den Preisweg zu beschreiten; als ob wir noch nicht genügend Prozesse im Lande hätten. Es übersteigt fast die Grenzen des Erträglichen, was man der Landwirtschaft bietet. Das Reich als Ganzes kommt doch bei der Erfüllung des Friedensvertrages in Betracht, nicht ein einzelner Berufsstand.

Hast ebenso unbefriedigend lauteten die Antworten aus dem Reichswirtschaftsministerium bei Anfragen der Landwirtschaft betreffs einer gesunden Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte. Am 16. September 1919 brachte ich einen Antrag beim Reichswirtschaftsministerium ein, die Brotgetreidepreise auf 40 M. pro Zentner Roggen und auf 45 M. pro Zentner Weizen festzusetzen. Am 3. Oktober ging mir folgende Antwort zu: „Der Preisverfall für Getreide liegen sorgfältige, in englischer Fühlung mit der Praxis geführte Erhebungen zugrunde. Sie dürfte den berechtigten Ansprüchen der Landwirtschaft gerecht werden. Ihre Höhe stellt ein angemessenes Entgelt auf die für die diesjährige Ernte aufzuwendenden Kosten, einschließlich einer angemessenen Verzinsung der investierten Kapitalien dar.“ Zum Schluß heißt es: „Die gelegentlich der Beratung über die Getreidepreise in der Nationalversammlung anfänglich in Erwägung gezogene Herabsetzung der Preise ist nicht in Aussicht genommen.“ (Wie wohlwollend!) Damals standen die Grundpreise: 415 M. für Roggen, 485 M. für Weizen die Tonne, wozu noch die Ablieferungsprämie kam. Dann setzten Verhandlungen ein, um ein neues Prämiensystem einzuführen, gegen welches die Landwirtschaft Stellung nahm; diese forderten eine Grundpreisverhöhung, wie für Getreide, so auch für Kartoffeln. Die Festsetzung dieses Prämiensystems zog sich durch mehrere Monate hin. Auf Nachfragen bei der Regierung kam immer die Antwort: „Die Erhebungen werden noch lange Zeit in Anspruch nehmen.“ Nun, wer langsam reitet, kommt ja schließlich doch zum Ziel — nur meistens zu spät: so er-
scheint es auch dem Reichswirtschaftsamt. Immer wieder hatten alle landwirtschaftlichen Vertreter auf die Gefahr hingewiesen, welche bei den niedrigen Preisen durch den Schleichhandel droht. Bei dem Tiefstand unserer Solvität wanderte unser Getreide, unsere Kartoffeln und unser Vieh zu Spottpreisen ins Ausland. Wir im Inland müssen jetzt darben, müssen Lebensmittel vom Ausland für teures Geld zurückkaufen. Warum hat man den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft nicht zur rechten Zeit Rechnung getragen?

Die Kartoffelpreise sind im Herbst auf 8 M. festgesetzt worden, trotzdem der Preis nicht unter 12 M. hätte gehen dürfen; so traten die großen Etodungen in der Lieferungen ein und der Schleichhandel sieht in schärfster Blüte. Das Prämiensystem bedeutete eine Belohnung für diejenigen, welche die Lebensmittel zurückkaufen und es schädigte diejenigen, welche ihre Ablieferungspläne gewissenhaft erfüllen.

Die Produktionskosten in der Landwirtschaft sind im Rheinlande an Hand der tariflich festgesetzten Löhne für die Landarbeiter und an Hand der durch genaue Buchführung festgestellten tatsächlichen Betriebskosten ermittelt worden. Hierbei ergaben sich folgende Zahlen: 100 Kilo Weizen 97.54—98.80 M., Roggen 98.40—120 M., Gerste 77—82.50 M., Kartoffeln 26.06—26.70 M. usw. Sollte man im Juli bei Beginn der Erntezeit den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft Gehör geschenkt, so hätten wir die Lebensmittel im Lande gehalten. Wenn wir einen Teil von dem Geld, was wir jetzt für teure Auslandsware bezahlen müssen, verwandt hätten, um die Preise im eigenen Lande entsprechend zu erhöhen und so die Produktion zu fördern, so hätten Produzenten und Konsumenten den Vorteil davon.

Besonders hemmend auf die Produktion hat die Zwangsverpflichtung gewirkt, den Schiebern kommt sie vornehmlich zugute. Alles soll heute frei sein, nur für die Landwirtschaft soll der Zwang bestehen bleiben. Vor allem ist es Adolf Hoffmann mit seinem Gesetze, der diese Forderungen erhebt — er, der von Landwirtschaft ebenso viel versteht, wie von Kunst, Wissenschaft und Volksschulung. Die Regierung schließt doch mit der Industrie Verträge ab, warum sollten nicht auch mit der Landwirtschaft Lieferungsverträge möglich sein. Bei der Landwirtschaft wird sie gewiß auf keine Schwierigkeiten stoßen, wenn bei der Preisfestsetzung Arbeit und Betriebskosten entsprechend in Rechnung gestellt werden. In der Landwirtschaft herrscht noch Arbeitslosigkeit, und diese gilt es auch zu halten und zu heben!

Die Auslieferungsfrage noch nicht geklärt.

Vorbericht!

Amsterdam, 16. Febr. Reuters meldet aus Paris: Die Alliierten haben beschlossen, daß die Kriegsbefehlshaber von deutschen Gerichtshöfen abgeurteilt werden dürfen. Wenn die Urteilsprüche unbefriedigend seien, behielten sich die Alliierten das Recht vor, Deutschland wegen Nichterfüllung des Friedensvertrages Strafen aufzuerlegen.

In Leipzig!

Berlin, 16. Febr. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge befragt die Verbänderte, die in Berlin noch nicht eingetroffen ist, im wesentlichen: Der Verband, nachdem er die Rote vom 25. Jan., die ihm durch Herrn v. Lersner überreicht wurde, aufmerksam geprüft hat, erkennt die Unmöglichkeit an, in welcher sich Deutschland befindet, die Auslieferung zu bewerkstelligen. Infolgedessen ist der Verband geneigt, die Vorschläge der deutschen Regierung anzunehmen. Verfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig. Er behält sich aber das Recht der Kontrolle über die Entscheidungen vor, die durch das „Leipziger Tribunal“ gefällt werden. Besonders hervorzuheben sei, daß weder der Verband im allgemeinen, noch Frankreich im besonderen irgendwelche Kompensationen fordert.

Abwarten!

Berlin, 17. Febr. Auf eine Anfrage bei der zuständigen Stelle des auswärtigen Amtes wurde mitgeteilt, daß bis zur 9. Abendstunde noch nichts näheres über den Zeitpunkt des Eintreffens der Entente-Antwort auf die deutsche Rote vom 25. Jan. über die Auslieferungsfrage bekannt sei. Infolgedessen ist es auch nicht möglich, einwandfrei festzustellen, inwiefern die Nachrichten von einem restlosen Siege der deutschen Auffassung zu treffen oder nicht. Man darf wohl sagen, daß vorerst noch immer Vorsicht geboten sei. Man verweist jedenfalls auf das Telegramm des Reichspräsidenten an die deutsch-nationalen Verbände vom letzten Sonntag, in dem von der ersten Stelle im Reich noch einmal in 12. Stunde erklärt worden ist, daß deutschseits die Lösung des Problems nur in völlig vorbehaltloser Annahme der deutschen Vorschläge gesehen werden kann.

Von diesem Gesichtspunkt würde sich dann auch das weitere Verhältnis der Reichsregierung zu orientieren haben, und man rechne deshalb auch damit, daß die Antwort der Entente, deren Veröffentlichung kaum vor heute früh erwartet wird, selbst im günstigsten Falle noch nicht das Schlusswort bedeute, sondern eventuell weitere Verhandlungen zur Folge haben würde, so z. B. wenn die Entente sich ein Einspruchsrecht vorbehalten sollte.

Der Reichshaupt im Ruhrgebiet

Berlin, 15. Febr. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt zur Reise des Reichskanzlers in das Ruhrgebiet unter anderem:

Wir wissen, was unser Verhältnis zu Frankreich für unsere Weltpolitik bedeutet, wir wollen es nicht auf das, sondern auf Verständigung aufbauen. Die Verständigung ist nur möglich auf wirtschaftlichem Gebiet und heißt dann schlicht und phrasenlos: Bedürfniserfüllung. Nicht den kontinentalen Verständigungspropheten, sondern den deutschen Vorkämpfern wird es gegeben sein, die Grundlage für die äußere Politik der Reichsregierung zu schaffen. Nicht durch Theorien, sondern durch viele Arbeit werden sie den Bestand des Reichs verteidigen. Mit ihrer Produktion werden sie der Verlängerung des Martriums der Rheinlande vorbeugen. Das ist der Sinn der Kanzlerreise und das wird, so glauben wir, der Tenor seiner Verhandlungen in Essen werden. Die schwerste Frage für die ganze Welt in den nächsten Tagen aber wird sein: Was sich stärker durchsetzt, London oder Essen. Der Kanzler wird wissen, daß jeder Erfolg seiner aufbauenden Tätigkeit vernichtet werden kann durch einen Londoner Beschluß, der die Auslieferung aufrechterhält. Er selbst und seine Ministerkollegen haben die Unmöglichkeit der Auslieferung seit dem ersten Tage des Kabinetts immer und immer wieder betont. Vielleicht werden wir schon morgen sehen, ob die französische Zeitung das richtige traf, welche die Behauptung aufstellte, wenn einem Franzosen ein Einer Kohle oder der Kopf eines deutschen Kriegsschuldigen zur Wahl gestellt werde, so greife er zum ersten.

Das Ende im Ruhrgebiet.

Emmerich, 16. Febr. In den letzten Tagen haben fortwährend größere Truppen kleiner Schulkinder, die aus dem Ruhrgebiet kommen, nach den holländischen Grenzorten, um dort Lebensmittel zu erhalten. Die Kinder sind zu mehreren Tagen und Nächten unterwegs, da sie die ganze Reise zu Fuß

Millerand befragt.

London, 16. Febr. Millerand sagte vor seiner Abreise nach Paris einem Reutersvertreter: „Er sei von dem Ergebnis der Beratungen sehr befriedigt. Die Beziehungen zwischen Frankreich und England könnten nicht besser sein.“

Millerand über die Londoner Verhandlungen.

Paris, 16. Febr. Ministerpräsident Millerand hat nach seiner Rückkehr einem Vertreter des Petit Journal Aufklärungen über die Verhandlungen in London gegeben, die bestätigen, was gestern Abend das Journal des Debats über den Inhalt der an die deutsche Regierung gerichteten Rote sagte. Der Grundgedanke des Artikels 228 werde formell aufrechterhalten. Man überlasse es aber Deutschland, die Befehlshaber vor das Gericht zu stellen und man werde abwarten, inwiefern es seinen guten Willen zeige. Die Verbündeten hätten dann die Urteile zu prüfen und auch die Maßnahmen zu treffen, die vielleicht notwendig sein würden. Es wäre also nicht richtig, davon zu sprechen, man habe eine Fresse in den Vertrag gelegt, und der französische Ministerpräsident habe der Regierungspolitik, die in England und Italien betrieben werde, Zugeständnisse gemacht. Ministerpräsident Millerand scheint im Gegenteil die Sache dahin zu deuten, daß die Entscheidung, die in London getroffen wurde, den Verbündeten eine neue Kraft gebe, um vor der deutschen Regierung und vor dem deutschen Volke die Ausführung aller Wiedergutmachungsansprüche zu verlangen. In der Tat legen auch einige Morgenblätter einen großen Wert darauf, daß die Verbündeten an dem Gerichtsverfahren gegen die Befehlshaber, das vom Reichsgericht eröffnet werden soll, nicht teilnehmen. Was die Rote an die holländische Regierung anbetrifft, so betonen die Blätter, daß durch sie keine Verschönerung des Kaisers nach holländisch-Indien verlangt wird.

Endlich! Nach 15 Monaten!

Paris, 16. Febr. Der italienische Ministerpräsident Ritti erklärte dem Sonderberichterstatter des Matin in London, man habe seit 15 Monaten vergeblich, für den Frieden zu arbeiten. Man habe bis jetzt gelebt, ohne Rücksicht zu nehmen auf 300 Millionen Deutsche, Ungarn, Russen und Türken, die durch ihre Arbeit und die Erzeugnisse ihres Bodens unentbehrliche Mitarbeiter für die Wiederaufbau Europas seien. Amerika verweigere jetzt die Kredit, man könne also nur auf sich selbst zählen. Man müsse deshalb der Politik ein Ende bereiten, die 15 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten noch betrieben werde und die 300 Millionen Menschen als Feinde betrachte. Ritti tritt auch für eine enge Zusammenarbeit zwischen England, Frankreich und Italien ein und erklärte dem Berichterstatter, Frankreich habe nichts mehr von Deutschland zu befürchten. Es bestehe weder eine Flotte noch Rohmaterialien. Es sei ganz in den Händen Frankreichs und bedeute für es keine Gefahr mehr.

zurücklegen. Die meisten sind in Lumpen gehüllt und teilweise ohne Schuhwerk und Strümpfe. Es ist festgestellt, daß die Kinder sich im Walde an der Grenze verstecken und nachts die Grenze überschreiten. In den holländischen Grenzorten finden sie einige Tage Unterkommen und Nahrung, worauf sie gewöhnlich wieder zurückkehren. Die holländischen Behörden sind auf diese Zustände aufmerksam geworden.

Kommunisten als Kolonisten?

Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Berlin erzählt, wie „Politiken“ aus London meldet, daß die russische Sowjetregierung mit den deutschen Kommunisten einen Abkommen getroffen habe, wonach den deutschen Kommunisten zwischen Saratow und Tula ein Stück Land zur Verfügung gestellt werden soll, auf dem 60 000 deutsche Kolonisten sich ansiedeln können. Agenturen für diese Kolonisation sind bereits in Berlin und Leipzig errichtet worden. Besonders in Sachsen sollen sich schon zahlreiche Leute aller Stände für diese Kolonisation gemeldet haben. Eine Kommission deutscher Kommunisten reist noch in diesen Tagen nach Russland, um die Ankunft der Kolonisten vorzubereiten. Die Ansiedlung soll im Mai beginnen. (Mit Vorsicht aufzunehmen.)

Für die Landwirtschaft des besetzten Gebietes

Der Abgeordnete Dr. Heß hat an die Staatsregierung folgende Anfrage gerichtet:

Die Landwirtschaft des besetzten Gebietes leidet unter einem immer empfindlicher werdenden Mangel an Arbeitspferden, der namentlich in den Gebirgsgegenden besonders fühlbar ist. Dem Vernehmen nach haben wiederholte Anträge von landwirtschaftlichen Körperschaften des Rheinlandes auf Ueberweisung von Demobilisierungspferden keinen Erfolg gehabt. Wie gedenkt die Staatsregierung hier für Abhilfe zu sorgen?

Völkerverbund und Auslieferung.

Der Ruf der Vernunft scheint nun doch allmählich in dem wilden Stimmengewirr über die Auslieferung durchdringen. Die besonnenen Ententepolitiker haben eingesehen, daß man durch die Form des Auslieferungsverlangens in eine Sackgasse geraten ist, daß in dieser Art seine Durchföhrung tatsächlich unmöglich ist. Und wenn man der Welterwartung des Corriere della Sera trauen darf, so scheint jetzt bei der Entente die Ueberzeugung eingekehrt zu sein, daß nur durch den Völkerverbund diese Frage in befriedigender Weise gelöst werden kann. Man muß zugeben, daß das Problem ein etwas ungelöstes Aussehen anzunehmen beginnt. Aber es wäre ein Irrtum, wenn man nun den Völkerverbund als einen Deus ex machina auftreten ließe und durch ihn die ganzen deutschen Schwierigkeiten überwinden glaubte. Es ist praktisch genau das Gegenteil, was wir die Befehlshaber den einzelnen Ententealliierten oder aber, dem Völkerverbund in corpore ausliefern müssen. Das hätte für uns höchstens noch die Nebenfolge, daß der Völkerverbund dem deutschen Volk durch diese erste fühlbare Lebensregung gründlich verleidet würde. Das Auslieferungsverlangen in seiner das Rechtsbewußtsein des Volkes beleidigenden Form bliebe vor wie noch das gleiche.

Der Völkerverbund, der uns hier wieder einmal als Allheilmittel gepriesen wird, würde verlangen, weil er in dieser Frage im Grunde auch nur der Gerichtshof einer Partei wäre. Es gibt aber eine Möglichkeit um diesen Anstoß auf sehr einfache Weise zu beseitigen: Man nehme Deutschland in den Völkerverbund auf, man lasse es als gleichberechtigtes Mitglied in dieser Frage mitentscheiden, man übertrage ihm dann weiter das Mandat zur Bestrafung von Kriegsverbrechen, soweit sie von Deutschen begangen worden sind; dies natürlich unter der Voraussetzung, daß der Völkerverbund auch die Bestrafung von Kriegsverbrechen, die von Angehörigen anderer kriegführender Staaten begangen worden sind, in die Wege leitet. Die Einzelheiten des Verfahrens könnten vom Völkerverbund getregelt werden, und es wäre vielleicht nicht einmal etwas dagegen einzuwenden, wenn die Zusammensetzung des Gerichtshofes durch den Völkerverbund bestimmt würde, falls nur Deutschland in ihm eine Vertretung erhielte, die die Garantie für ein gerechtes Verfahren böte.

Der Preis, um den die Entente diese Lösung erkaufte, wäre für ihre Schätzung vielleicht ein wenig teuer, aber sie muß sich sagen, daß sie über kurz oder lang doch einmal der heißen Frage näher treten muß: Nehmen wir Deutschland in den Völkerverbund auf? Und andererseits erhielt sie doch auch gewisse Äquivalente: Es wäre ein fester Block gegen die bolschewistische Gefahr gebildet; die demokratische Staatsordnung in Deutschland, die doch auch die Entente nur wünschen kann, wäre erheblich gestärkt.

Für Deutschland aber wären durch diesen Ausweg die schwersten inneren Sorgen, mit denen es zu ringen hat, gehoben. Dagegen, daß vorläufige Kriegsverbrechen und Völkerverbrechungsverletzungen bestraft werden, kann kein Mensch etwas einwenden. Es kommen aber hier selbstverständlich nur Fälle in Frage, die auf Grund der bisherigen Völkerverbrechensnormen als strafbar angesehen sind. Wir denken hier vor allem an die Genfer Konvention von 1906, an die Haager Konvention von 1907 über die Gesetze und Gebräuche des Landfriedens, an die Londoner Deklaration von 1909. Daß Männer, wie Hindenburg, Ludendorff und die übrigen Vorkämpfer, die nur in Erfüllung ihrer militärischen Pflichten gehandelt haben, nicht bestraft werden können, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Tat z. B., die die Franzosen den beiden ersten vor allem zur Last legen, die Zerstörung des Rückzugsgebietes im Jahre 1917, wurde von englischen Völkerverbrechenslehrern vor dem Kriege als erlaubt angesehen, wenn, wie es hier zu trifft, zwingende militärische Gründe vorliegen. In solchen Fällen müßte man also Strafbefehle mit rückwirkender Kraft erlassen, man müßte also den alten anerkannten Grundsatz: Keine Strafe ohne Gesetz gewaltsam verdrängen.

Es wäre schlimm, wenn es anders käme. Die Lebensgefahr, die das Auslieferungsverlangen für Deutschland heraufbeschworen hat, besteht nicht nur darin, daß wir uns einer unerfüllbaren Forderung gegenüber sehen. Diese Schwierigkeit ließe sich, wenn die ganze Ration einig wäre, überwinden. Wir sehen keinen anderen Weg, als den oben angegebenen: Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund und Durchführung der Bestrafung von Kriegsverbrechen kraft Völkerverbundsmandates.

Der Völkerverbund und die Revision des Friedensvertrages.

Nach der Rinnoe Rotterdamse Courant schreibt die Westminster Gazette, trotzdem seit 15 Monaten die Geschäfte verstimmt seien, bestehe doch kein militärischer Friede. Um die Luft zu reinigen, müßten viele Bestimmungen des Friedensvertrages geändert werden. Was die Liste der Kriegsbefehlshabenden betreffe, so mühe es nichts, wenn Volfour sich auf die Ausföhrung hypothetischer französischer Mütter beziehe, deren Töchter vor ihren eigenen Augen mißhandelt worden seien. Das Blatt fragt, ob Weimann Hollweg z. B. einer solchen Tat beschuldigt werde, und schreibt, gerade Namen wie Weimann Hollweg forderten die

Kritik des Publikums heraus. Die Riste scheint mit der Absicht aufgestellt zu sein, den Frieden wieder in Gefahr zu bringen. — Ein Hindernis für den Frieden seien auch die Entschädigungsbestimmungen. Je früher der Völkerverbund die wirtschaftlichen Vertragsbestimmungen abändere, um so besser sei es, und zwar nicht allein für Deutschland, sondern vor allem für seine Gläubiger. Wenn der Völkerverbund tatsächlich, wie Balfour erklärt habe, nur ein Name für die Pariser Konferenz sei, dann sei von dem Völkerverbund nichts zu erwarten. Glücklicherweise dürfe man jedoch die Hoffnung hegen, daß der Völkerverbund ein Bund aller zivilisierten Nationen werde. Daß Balfour dieses nicht einsehe, sei ein Beweis dafür, daß die Regierung sich noch nicht von ihrem Kriegsvorurteil befreien könne.

Der Star schreibt unter der Überschrift „Revision“, niemand bezweifle, daß es schließlich doch zu einer Abänderung des Friedensvertrages kommen müsse. Wenn man nach den Grundrissen des Vertrags: „Je mehr ihr gebt, desto mehr nehmen wir“ handle, so könne Europa nie wieder in die Höhe kommen. Es müsse gehandelt werden, bevor das Chaos derartig sei, daß keine Hilfe mehr möglich sei. Das Blatt tritt dafür ein, daß der Verband Deutschland eine feste Summe bezahlen lasse und auf weitere Entschädigungsansprüche verzichte.

Die Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Zur Aufklärung weitverbreiteter Zweifel, die über die Verpflichtung zur Einreichung einer Steuererklärung für die Veranlagung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und über die Art und Weise der Ausfüllung des Formulars entstanden sind, wird amtlich folgendes bekanntgegeben: 1. Jeder, dem ein Steuerklärungsformular zugesandt wurde, ist zur Abgabe der Steuerklärung verpflichtet. Erreicht der Vermögenszuwachs nicht die abgabepflichtige Höhe, so wird eine Veranlagung zur Kriegsabgabe nicht vorgenommen. Dessenungeachtet ist aber eine Steuerklärung abzugeben, wenn das Finanzamt hierzu aufgefordert hat. 2. Die in der Anlage zur Steuerklärung unter 1 und 2 vorgelegene Angabe der Wertpapiere im einzelnen erübrigt sich nur dann, wenn ein von der Bank aufgestelltes Verzeichnis vorgelegt wird, d. h. das Depotverzeichnis ist entweder der Steuerklärung beizufügen oder der Abgabepflichtige muß die Positionen 1 und 2 im einzelnen ausfüllen. 3. Die Anlage zur Steuerklärung ist teilweise als „Anlage zu Muster 2“ bezeichnet worden; dies erklärt sich daraus, daß in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs die Steuerklärung als Muster 2 bezeichnet worden ist. Für die Abgabepflichtigen ist die Bezeichnung „Anlage zu Muster 2“ ohne Bedeutung. 4. Unter 3 b und d des Formulars ist der sogenannte Dreimonatsabzug vorgegeben. Hier ist zu berücksichtigen, daß die Steuerpflichtigen trotz dieses Vordrucks nicht nur den Dreimonatsabzug, sondern den Unterhalt für sechs Monate abzugeben berechtigt sind. Dies ist zu verneinen, denn das Gesetz läßt nur einen Abzug für drei Monate zu und auch diesen nur unter besonderen Voraussetzungen. Wenn nach der zum Kriegsabgabengesetz erlassenen Vollzugsanweisung ein Abzug für sechs Monate zugelassen werden kann, so soll damit den Steuerpflichtigen keineswegs das Recht eingeräumt werden, in allen Fällen einen solchen Abzug zu verlangen. Die Finanzämter sind vom Reichsfinanzministerium vielmehr nur in ganz besonderen Fällen ermächtigt worden, nämlich dann, wenn die Veranlagung des sechs-Monats-Abzugs für die Steuerpflichtigen eine besondere Härte bedeuten würde, eine Ausnahme von der gesetzlichen Regel Maß greifen zu lassen.

Die landesheirats-Kriegsartenoffiziere

Vor Wochen schon hatte der Reichsrat eine Prüfung der gesamten Geschäftsführung der Kriegsartenoffiziere beschlossen. Diese Prüfung soll einem Ausschuss obliegen, in dem u. a. auch Mitglieder der Nationalversammlung vertreten sein sollen.

Während heute die Gesetzgebungsmaschine in überhastetem Tempo läuft, schweben sich über die Kriegsartenoffiziere die amtlichen Stellen aus und doch, wie gerade in diesem Dunkel hineingeleuchtet werden muß, hat die auf vielseitiges Drängen ver-

Offenlichte Nachweisung der bei den Kriegsartenoffizieren auf Privatdienstvertrag Angestellten mit einem Jahresgehalt von mehr als 12 000 M. ergeben. Aus der Aufstellung ergibt sich nachdrücklich und sonnenklar, daß bei den Kriegsartenoffizieren mit dem Geldern ununterstützt gewirtschaftet wurde. Diese eine Tatsache steht fest, über die eigentliche Geschäftsgebarung schwebt aber noch tiefes Dunkel.

Kernstück ist die Frage des Untersuchungs-ausschusses für die Kriegsartenoffiziere von dem Abgeordneten Dr. Rieger, Vorsitzender des Präsidiums des Volks-Bundes, in einer Anfrage, aus welchen Gründen die zur Bildung dieses dringenden notwendigen Ausschusses erforderlichen Maßnahmen noch immer nicht getroffen sind, insbesondere weshalb die Nationalversammlung noch nicht aufgefordert worden ist, die von ihr in diesen Ausschuss zu entsendenden Mitglieder zu wählen, wieder aufgenommen worden. In seiner Antwort an den Abgeordneten Rieger wird vom Reichsfinanzminister darauf hingewiesen, daß im Einverständnis mit dem Reichsrat die Zahl der von der Nationalversammlung zu stellenden Mitglieder sich auf 21 erhöht, deren Benennung noch erforderlich ist, damit die Untersuchungskommission ihre Tätigkeit beginnen kann. Der Vorschlag wird sich also aus 7 Mitgliedern der Reichsregierung und 14 Mitgliedern des Reichsrats zusammensetzen, die als Regierungsdirektoren den 21 Mitgliedern der Nationalversammlung gegenüberstehen. Hossentlich kommt nun endlich diese die Öffentlichkeit fast jahreslang bedrückende Angelegenheit wenigstens in Fluß — !

Die Not der deutschen Zeitungen.

Bekanntlich ist in den letzten Wochen eine nie dagewesene Erhöhung der Herstellungskosten der Zeitungen durch Verteuerungen auf allen Gebieten eingetreten. Diese Notlage hat den Verein deutscher Zeitungsverleger veranlaßt, auf Sonntag, den 22. Februar, nach Weimar eine allgemeine deutsche Zeitungsverleger-Versammlung einzuberufen, mit dem einzigen Punkt der Tagesordnung: „Der der deutschen Presse drohende Zusammenbruch.“ Ein Teil der Papierfabrikanten weigert sich, Zeitungsdruckpapier zu den von der Regierung festgesetzten Preisen zu liefern. Dadurch ist eine Lage geschaffen, wie sie bedrohlicher und ernstere für die deutsche Presse nicht gedacht werden kann. Es handelt sich nicht nur um eine Gefahr, welche die Existenz einzelner Zeitungen oder einzelner Gruppen von Zeitungen bedroht, sondern um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse. In mehrmaligen eingehenden Beratungen hat der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Potsdam die Gesamtlage erörtert; alle Erwägungen haben nur die Erkenntnis bekräftigt, daß die Grenze dessen erreicht ist, was die deutschen Zeitungsverleger für Druckpapier aufwenden können. In Weimar wird zweifellos auch darüber geredet werden müssen, wie die von dem demokratischen Abg. Waldstein in einer kleinen Anfrage an die Reichsregierung geforderten besonderen Maßnahmen für die im nationalen Interesse gebotene Erhaltung einer anscheinlich und wirtschaftlich unabhängigen Presse in ein beschleunigtes Tempo gebracht werden können. In derselben Richtung bewegt sich ja auch der Antrag des Zentrumsgesandten, der die Nationalversammlung, die Wiedererrichtung der Reichsdruckerei für Papierholz baldmöglichst in ihren legislativen Wirkungen auf den Preis des Zeitungsdruckpapiers in Kraft treten zu lassen.

Aus Stadt und Kreis

Oberlahnstein, den 17. Februar.

o Der R. R. B. Union und R. R. G. feierten gestern ihren aus früheren Jahren rühmlichst bekannten Rosenmontagsball, der, wenn man von dem tollen Festnachtsstreiben und den Maskeraden der Friedensjahre absieht, doch in mancher Beziehung Rosenmontagsfeier durchblenden ließ. Man tanzte, lachte und amüsierte sich über die reichlich gebotenen Vorträge, Lieder, Couplets und die zwischendurch folgenden Fastnachtsstrolche. Nur zu schnell teilten die Stunden trohen Zusammenseins, die bei allen volle Befriedigung hatten aufkommen lassen.

o Postales. Von jetzt ab werden Befreiungen auf alle politischen und anderen Zeitungen

und Zeitungen mit dem unbefehlten Deutschland, deren Einfuhr nicht ausdrücklich verboten ist, entgegen genommen.

o Von der Rheinschiffahrt. In der letzten Woche konnte wieder einmal ein geregelter Schleppeverkehr auf dem Rhein beobachtet werden. An einzelnen Tagen stellte sich frühmorgens wohl etwas Nebel ein, dieser war jedoch nicht so, daß er die Schifffahrt behinderte. Der Vergleiche war erheblich besser als der zu Tal, ein sicheres Zeichen, daß die Anfahrten und die Verladungen von Kohlen, Rots und Bräun auf den Rheinhäfen völlig intakt sind. Die Anfahrtsfähnen können auch bei dem anhaltend günstigen Wasserstand bis zur Eiche laden. Die Schiffe, die zu Teil an unserer Stadt vorbeikamen, waren wieder mehr beladen als in der letzten Zeit; sie hatten zum größten Teil Grubenabfälle, hier und da auch geschnittenes Holz und Zement an Bord.

o Fristverlängerung für Steuererklärungen. Die Frist für die Einreichung der Steuererklärungen zu den Kriegsartenabgaben wird vom Reichsfinanzministerium bis zum 29. Februar verlängert.

o Verboden des nahenden Frühlings. Stellen sich immer zahlreicher ein. Fast täglich kann man Schneegänge beobachten, die wieder zu ihrer nordischen Heimat zurückkehren.

Der Rheinwasserstand ist seit gestern morgen um 10 Zentimeter zurückgegangen. — Pegel zu Caub gestern morgen 2,56, gefallen seit Sonntag morgen nur um 1 Zentimeter.

Niederlahnstein, den 17. Februar.

Im Lichtspielhaus Lahnstein wird von heute ab ein neuer Film, der ebenso spannend und packend ist wie die mit großer Interesse aufgenommenen „Söhne des Volkes“ auf der Leinwand erscheinen. Es ist diesmal ein fünfaktiges Drama: „Die Insel der Verdammten.“ Fürs Nachen wird das Rädel vom Ballen fegen.

Braubach, den 17. Februar.

b Spengler und Installateur Joangs-Innung. Montag, den 23. d. Mts. findet im Gasthaus zur Markburg die erste Hauptversammlung der Innung statt. Auf der Tagesordnung stehen die Wahl des Vorstandes und andere wichtige Besprechungen des Handwerks. Es ist Pflicht jeden selbständigen Handwerkers dazu zu erscheinen.

b „Cartetverein Braubach.“ Ein Kunstgenuss, wie man ihn selbst am Rhein selten findet, bot sich dem Besucher des Konzerts, das der Braubacher Quartettverein am Samstagabend im Eischen Saale veranstaltete. Die gefanglichen Leistungen waren hervorragend und sind um so höher einzuschätzen, als eine Auswahl von Chören getroffen war, die von großem Stimmumfang und äußerst schwieriger Auffassung sind. Nichtsdestoweniger ist es dem Chor gelungen, sich in den poetischen und musikalischen Stimmumfang der Kompositionen voll und ganz einzufügen. Dank des hervorragenden guten Stimmmaterials und der guten technischen Durchbildung der Sänger, waren solche Leistungen möglich. Die Solovorträge der Herren Schlusnus, Rinnen, Kohl und Köller erregten den ungeteilten Beifall aller Zuhörer. Auch die Darbietungen der Musik ließen nichts zu wünschen. Vor allem bei Herrn Schmidt verrät die Technik und Auffassung im Spiel den wachsenden Künstler. Mit einem Gefühl der Befriedigung sah jeder Besucher den arbeitsreichen Abend beschließen. Man lebt in Fortleben eines zweiten Konzerts, das hoffentlich nicht lange auf sich warten läßt.

b Ehrung. Sehr eindrucksvoll gestaltete sich die Sonntagabend im „Rheinthal“ dem Turnverein vorgenommene Enthüllung der Ehrenfahne der Kriegsartenoffiziere. Die Enthüllungsfahne hielt der Ehrenvorsitzende Herr Karl Gran. Anreden und Worte wurden dem Verein von Herrn Postmeister Benner zuteil. Der ehren. Kirchenchor sang durch Gesänge zur Weihe des Ganzen mit bei. Die Ehrenfahne, ein Werk des Herrn Malermeisters Römer mit dem zugehörigen Rahmen von Herrn Willi Gran, gelangt später in der Turnhalle zur Aufstellung.

St. Goarshausen, den 17. Februar.

g Pferdebezugsverein. Am vergangenen Mittwoch fand in St. Goarshausen eine Versammlung des Kreisverbandsvereins unter dem Vorsitz

des Geheimen Regierungsrats Berg statt. Die Versammlung nahm einen Vortrag des Abteilungsleiters Hochtzel von der Landwirtschaftskammer in Wiesbaden entgegen über den Zusammenbruch der Pferdebezugsvereine und Pensionshaltungsvereine zu einem Kassatischen Pferdebezugsverband e. V. Zweck und Ziel des Verbandes soll zielbewusste Arbeit gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer sein zur Hebung der Zucht eines gut gebauten, mittelschweren, gängigen, leichtfütternden Kaltblutpferdes. Dies soll erreicht werden durch gemeinsame Vertretung aller züchterischen Interessen, Übernahme des Kassatischen Studbuches, Einfuhr von guten Zuchtstuten, Förderung der Pensionshaltung, sowie des Abfuges und der Anlage von Weiden, Prämierung von Stuten, Stuten und Hohlen usw. Die Versammlung beschloß den Beitritt zu dem zu gründenden Verband und wählte fünf Delegierte und Stellvertreter zur Vertretung des Kreisverbandsvereins St. Goarshausen in der demnächst in Wiesbaden stattfindenden Versammlung zur Begründung des Verbandes. Als Delegierte und Stellvertreter wurden gewählt: Geheimrat Berg, Stellvertreter Kreisverbands St. Goarshausen, Bürgermeister Wiegand, Stimmhelfer, Stellvertreter W. Schuch, Stimmhelfer; Emil Roth, Assistent, Stellvertreter Ernst Roth, Assistent; Domänenpächter Stähly, Hof Assistent, Stellvertreter Heint. Bröder, Brath, Wilhelm Vöber, Dietrich, Stellvertreter Heint. Klomp, Auel. Herr Direktor Hochtzel verdrückte sich dann in ausführlicher Weise über die Aufgaben der Pferdebezüchter, die er für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre als sehr aussichtsreich bezeichnete und besprach darauf eingehend die Abgabe von Pferden an die Entente und die Aufbringung derselben und den Anlauf so weit der Kreis St. Goarshausen in Betracht dabei kommt. Auf eine vom Kreisverbandsverein an die Geschäftsdirektion zu Dillenburg gerichtete telegraphische Anfrage, wann die Pensionsstation in Kahlstätt mit Stuten besetzt würde, ging die Antwort ein, daß dies geschehen solle, sobald der Futtervorrat für die Stute in Kahlstätt vorhanden sei, weshalb an dem Kreisverbandsverein das Ersuchen vom Kreisverein gerichtet wurde, dies schleunigst zu veranlassen, damit die Station bald wieder eröffnet werden könne.

g Die Fuhrunternehmer des Kreises beabsichtigen sich zur besseren Vertretung ihrer Interessen zusammenzuschließen und halten morgen mittags 4 Uhr im Hotel Hohenzollern eine Versammlung ab.

Kahlstätt, den 17. Februar.

n Stadtverordneten-Sitzung. In der Sitzung am Samstagabend wurde der Antrag auf Ausbau der oberen Poststraße mit fünf gegen fünf Stimmen, wobei die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gab, abgelehnt. Die Trottoir-Anlage in der Rheingasse wurde zur weiteren Begutachtung einer Baukommission übergeben, die für alle anderen Bauarbeiten in diesem Jahre zuständig ist. Mitteilbar sind die Herren Josef Busch, Georg, Karl Kuntz, Reich und Konrad Dehner. Darauf wurde der Beschluss einstimmig gefasst, daß die im Jahre 1911 erfolgte Berechnung der Kreisumlagekosten der Bahnhof- und Brühlstraße. Eine Nachprüfung der im Verteilungsplan, gegen den 1. St. Interessenten Einspruch erhoben hatten, in Anrechnung gebrochener Kosten ist heute nicht mehr möglich. Jedoch hat die Stadt in mehreren Fällen nach Maßgabe des nicht festgestellten Planes Straßenbaukosten erhoben. Die Versammlung beschloß, daß zu Unrecht erhobene Beiträge zurückgezahlt seien. Am Schluß erkannte die Versammlung die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung des Gaspreises, der 1. St. 75 Pf. beträgt, an und beschloß, sich mit 90 Pf. pro cbm. ab 1. Februar einverstanden zu erklären.

n Versammlung. In der gestern stattgefundenen Versammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsartenoffiziere und Hinterbliebenen wurde nach eingehender Erörterung einstimmig der Anschluß an den Zentralverband deutscher Kriegsartenoffiziere und Hinterbliebenen in Berlin beschlossen, um so die Interessen wirksam vertreten zu können. Weiter wurde beschlossen, eine Gedenkfeier abzuhalten und zwar mit Aufführung von Theaterstücken, Gesangs- und musikalischen Vorträgen und Verlosung. Die Feier ist als Wohltätig-

Auf dunklen Wegen.

Roman von Ed. Wagner.

1.) Fortsetzung.

Die Fremden waren unerkennbar Banditen, alle bis an die Zähne bewaffnet und den Reisenden die Säue ihrer Pistolen entgegenhaltend.

„Lacht eure Waffen heiden!“ rief der Führer der Banditen in englischer Sprache. „Wenn ihr Widerstand leistet oder schreit, werdet ihr ohne Gnade niedergeschossen werden. Wir trachten nicht nach eurem Leben; ihr seid sicher, solange ihr euch ruhig verhaltet!“

Ungeachtet des Zurufs des Räuberhauptmanns fuhr die Hand Lord Kingscourt nach seinem Revolver, während sein Kolb die Zahl der Begleiter überflog. Kolb und Wilbraham waren mutig wie er selbst und bereit seinem Beispiel zu folgen; aber die drei Führer waren Verräter, und es unterlag keinem Zweifel, daß sie sich bei einem Kampfe auf die Seite der Räuber stellen würden. Von den drei Bedienten waren zwei Feiglinge, die bereits zitternd auf ihren Knien lagen und die Räuber um Gnade anflehten. Der dritte, des Lord eigener Diener, war an die Seite seines Herrn getreten und harrete nur eines Winkes von demselben, um sich todberausend auf die Wegelagerer zu stürzen.

„Wer gegen fünfzehn!“ dachte Kingscourt, und seine Hand mit der Schutzwaffe sank. „Es ist nutzlos, Widerstand zu leisten! Die Schurken sind zu sehr im Vorteil!“

Der Anführer der Banditen, welcher seine Augen nicht von dem Grafen abgewandt hatte, lächelte und sagte:

„Sie sind nun, Mylord. Es ist besser, Sie verlieren Ihr Geld als Ihr Leben.“ Lord Kingscourt's Augen suchten seinen verräterischen Führer.

„Wir haben für sichere Postage dieses Weges bezahlt“, sagte er. „Fragen Sie Baulos dort, ob wir nicht geneigt waren und ob wir nicht vom Spiridion, dem Banditenhauptmann, das Versprechen haben, daß wir nicht belästigt werden sollten.“

„Ich bin Spiridion!“ erklärte der Hauptmann mit vornehmer Berührung. „Versprechungen können in Griechenland ebenso gebrochen werden wie in England!“

Seine Höflichkeit, sein feines Lächeln und seine vornehmen Manieren kontrastierten seltener mit seiner feindlichen Haltung und der tödlichen Waffe, die noch immer auf dem Degen gerichtet war.

Als niemand auf seine Reue antwortete, fuhr Spiridion fort:

„Hätte ich nicht das Versprechen gegeben, von welchem Sie sprachen, mein Herr Engländer, so würden Sie nicht dieses Weges gekommen sein. Konnte ich mir einen so schönen Preis entgehen lassen? Wir haben schon manche Engländer gefangen, aber noch nie einen so vornehmen Lord wie Sie, reich wie ein Fürst und fähig, ein fürstliches Lösegeld zu bezahlen.“

„Sie kennen mich?“ fragte der Graf. Spiridion zog ein Papier aus seiner Tasche und studierte es aufmerksam.

„Ich erhielt dieses gestern Abend durch einen Extraboten“, sagte er kühl. „Drei Engländer,“ las er von dem Papier ab, „die Hauptperson ein vornehmer englischer Lord, Graf Kingscourt, groß, dunkel, jung, mit einem Schnurrbart, reichend auf einem Schimmel. Sie sehen, daß es für mich nicht schwer war, Sie zu erkennen. Die anderen Engländer, ebenfalls reich, aber nicht so vornehm wie Sie, habe ich seit zwei Stunden auf Sie gewartet.“

„Was wollen Sie von uns?“ fragte der Graf. „Ich kann nicht denken, daß Sie Ihr Wort brechen.“

„Ich werde Sie davon überzeugen“, unterbroch Spiridion ihn kühl. „Liefen Sie Ihre Taschenbücher, Taschenuhren und Wertsachen aus!“ Widerstand war nutzlos, und so gehorchten die Engländer, ihre Taschen, Uhren und sonstige Wertsachen in den Fuß eines der Räuber werfend, der sich ihnen genähert hatte.

Rachmen Spiridion die Taschen geprüfelt, äußerte er seine Unzufriedenheit über den geringen Ertrag der Sammlung. Die drei Freunde hatten nur wenig

Geld bei sich, nicht mehr, als zur Bestreitung ihrer Reisebedürfnisse unbedingt erforderlich war; auch Schmuckstücke besaßen sie nur wenige von bedeutendem Wert.

„Wir werden das später ausgleichen“, sagte der Hauptmann nachdenklich. „Ich werde genötigt sein, vorläufig zwei von Ihnen zu behalten. — Mylord, weil er der reichste, und Kolb, weil er der Sohn eines Lords ist. Kapitän Wilbraham — ein barbarischer Name — mag frei entgehen.“

Die Engländer verstanden ihn vollkommen, aber er bereitete sich, sich noch deutlicher zu erklären.

„Der Kapitän mag sein Pferd behalten“, sagte er. „Er soll folglich nach Athen zurückkehren und die Vorkasse mitnehmen: Lord Kingscourt und sein Freund Kolb sind in der Gewalt des furchtbaren Spiridion. Er mag die Vorkasse nach England bringen und sagen, daß der furchtbare Spiridion ein Lösegeld verlangt von zwanzigtausend englischen Pfundsterling für Lord Kingscourt und von fünftausend englischen Pfundsterling für den anderen Engländer. Vielleicht wird Mylord eine Anweisung durch Sie an die Bank senden, damit das Geld so gleich abgeholt werde.“

„Mylord wird nichts dergleichen tun!“ rief Lord Kingscourt scharf. „Durch ein Uebereinkommen mit Ihnen würde ich dieses rasche Räuberunternehmen nur stärken und das Schicksal der nächsten Reisenden, die in eure Hände fallen, noch verschlimmern. Ich denke, daß die englische Regierung die Sache in die Hände nehmen wird, mein wortbrüchiger Spiridion, und sie wird die griechische Regierung zwingen, auch zu züchtigen.“

Spiridion lächelte wieder, kalt und ruhig. „Sie kennen meine Gefühlsregung, meine vorgetragene Dohle nicht“, bemerkte er. „Ich treue allen Regierungen der Welt, Mylord. Sie können es ja versuchen, nur bedenken Sie das: Spiridion schwört bei allem, was ihm heilig ist, daß, wenn das von ihm genannte Lösegeld ihm innerhalb dreier Monate eingekommen ist, er von jedem seiner Gefangenen ein Ohr der englischen Regierung als Geschenk aufheben wird. Wenn im Verlauf eines weiteren Monats das Geld nicht eintrifft, wird er das

nach übrige Ohr und die rechte Hand eines jeden Gefangenen schiden. Mit jedem Monat des Jagers lehnen Sie stückweise in Ihre englische Heimat zurück. Verstehen Sie!“

Das Gesicht des Räubers war, während er so sprach, freundlich wie der Himmel eines schönen Frühlingsmorgens, seine Stimme ruhig und wohlklingend wie immer; aber die Gefangenen bemerkten in seinen Augen ein höllisches Funkeln, welches ihnen zeigte, daß er wirklich ausführen werde, was er ihnen zuschwor.

Lord Kingscourt jedoch wollte nicht in seinem Entschluß, dem Verlangen des Räubers zu widerstehen. Auf das Geld kam es ihm nicht an, es betrug nicht die Hälfte seines Jahres Einkommens; aber es widerstrebt seinen Grundrissen, ein solches Lösegeld zu zahlen. Er wollte, ohne sich selbst zu überheben, daß er in seinem Vaterlande ein geachteter und einflußreicher Mann war und daß die englische Regierung alle Hebel in Bewegung setzen würde, nicht nur um ihn und seinen Kameraden zu befreien, sondern auch durch Unschädlichmachen des gefährlichen Spiridion ferneren Angriffen auf das Leben und Eigentum englischer Untertanen in Griechenland vorzubeugen. So entschloß er sich, ruhig abzuwarten, was in der ihm gegebenen Frist geschehen würde.

Der Banditenhändler wog Kapitän Wilbraham die gefestigten Bedingungen in sein Taschentuch zu schreiben, gab ihm einige strenge Ermahnungen und sagte ihm, daß er Mittel finden werde, bei seiner Rückkehr nach Athen mit ihm zu verkehren, und daß deshalb keine Abmachungen über ein Zusammenreffen überflüssig seien.

Als Spiridion ihn zum Gehen drängte, drückte der Kapitän seinen Freunden warm die Hände und sagte:

„Ich will den Konsul in Athen, die griechische Regierung und alle in Athen wohnenden Engländer in Bewegung setzen; und ich will nach England reiten und auch die dortige Regierung veranlassen, energische Schritte in eurer Richtung zu tun. Verleihen Sie mir und die Hoffnung nicht! Ich werde nicht eher ruhen, als bis ihr frei seid!“ (Fortsetz. folgt.)

Arbeite für Kinder und Enkel, Waisen und
 Ungene! Deren Zukunft sei dein Vaterland,
 Heftenliebe zu ihnen deine Vaterlandsliebe.

Gewerbeverein Oberlahnstein.

Am Donnerstag, den 19. Februar d. Js.,
abends 7 1/2 Uhr

findet bei Mitglied Philipp Hauck (Zur
Stadt Mainz) eine

Versammlung

zur Besprechung des geplanten Fortbildungs-
kurses für Handwerker statt, wozu alle Inte-
ressenten (auch Nichtmitglieder) hiermit höf-
lich eingeladen werden.

Der Vorstand.

Sonntag, den 22. Febr.

findet im Saale des HOTEL GUNTRUM,
NASTÄTTEN, nachmittags 3 Uhr, eine

Gemeinschaftskonferenz

und abends 8 Uhr eine

Evangelisations-Versammlung

statt. Daran anschliessend vom 23.-29. Febr.
hält derselbe Evangelist im Saale des Herrn
Maus-Oelsberg, nachm. 3 Uhr, Bibelstunden,
abends 8 Uhr

Evangelisations-Versammlungen.

Wir laden herzlichst zu diesen Versamm-
lungen ein.

Der Hessen-Nassauische Gemeinschaftsverein.

Achtung! Bauarbeiter!

Sonntag den 22. Febr. nachmittags 2 Uhr
findet bei Heinrich Baltzer in St. Goarshausen eine

Versammlung

sämtlicher Bauarbeiter statt, zwecks Organisa-
tion und Lohnfrage, wozu alle Kollegen ein-
geladen werden.

Die Einberufer.

Zwangsinnung für das Spengler- u. Instal-
ateur-Handwerk im Kreise St. Goarshausen.

Montag, den 23. Febr. nachm. 1 Uhr
findet im Gasth. „Zur Markburg“ (H. Trember)
zu Braubach die erste

Haupt-Versammlung

statt, wozu alle Spengler und Installateure,
welche dieses Handwerk selbstständig im Kreise
St. Goarshausen betreiben, eingeladen sind.

Tagesordnung:

1. Verlesung der Statuten. 2. Wahl des
Vorsitzenden und des Vorstandes. 3. Vor-
schläge über den Ort der nächsten Versamm-
lung. 4. Aussprache.

Die Bevollmächtigten.

Donnerstag, den 19. Febr.

findet in Bad Ems, Zu den 3 Reichskronen

Öffentliche Versteigerung

von

15 vollst. Zimmer-

Einrichtungen,

15 Sofas,

15 Betten,

15 Kommoden,

15 Waschkommoden,

15 Waschränke,

15 Spiegel,

15 Nachttische,

15 Stühle,

15 Sessel,

15 Betten, vollst.

und sonstiges mehr, statt.

Kaufmann Johann Küster, Oberlahnstein.

Habe Donnerstag morgen

1 Partie

Hannoveraner Ferkel

und Läufer am Bahnhof in St. Goarshausen

von 9 Uhr ab zum Verkauf stehen.

Fritz Bak, Zorn.

Entlade Donnerstag 2 Uhr ein

Waggon Kartoffel.

Bestellungen werden bis heute 6 Uhr ent-
gegengenommen. Dasselbe sind auch frische

Eier zu haben.

Niederlahnstein, Emserstrasse 30.

Seltene Gelegenheit.

Alle künstliche und zerbrochene Gebisse, sowie einzelne

Zähne nicht wegwerfen, siehe

Zahn von 3 bis 30 Mark,

Gebisse bis 300 Mark,

Brennstifte bis 50 Mark.

Einkauf findet am Mittwoch, den 18. Februar in

Oberlahnstein im Hotel zum Bahnhof, Joh. Wölly Mitgen,

von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachmittags statt.

810

Danksagung.

Für die überaus zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung mei-
nes nun in Gott ruhenden innigstgeliebten Gatten und Vaters, un-
seres lieben Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers und
Onkels

Herrn Peter Wilhelm Siebertz

Uhrmacher

sage ich allen Teilnehmern, ganz besonders dem Kath. Gesellen-
verein und seinem Vize-Präsidenten für die trostreichen Worte am
Grabe, der Freiwilligen Feuerwehr, den hlg. Messen- und Kranz-
spendern, für die überaus zahlreichen Beileidsbezeugungen und für die Be-
suche während der Krankheit hiermit meinen tiefgefühlten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Anna Siebertz, geb. Müller.

Oberlahnstein, den 17. Februar 1920.

813

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines
nun in Gott ruhenden innigstgeliebten Gatten und Vaters,
meines lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

Herrn Georg Neff

sprechen wir allen, besonders den Herrn Beamten und Hilfs-
beamten, den Schaffnern und Hilsschaffnern, seinen werten
Kollegen von Brest Litowsk, seinen Schulkameraden, den hlg.
Messen- und Kranzspendern, sowie allen, die ihn während
seiner kurzen Krankheit besuchten, unsern tiefgefühlten
Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Niederlahnstein, den 17. Februar 1920.

826

Lichtspielhaus

Lahnstein

im Saale des Nassauer Holes,
Niederlahnstein.

Dienstag, Mittwoch
u. Donnerstag:

Die Insel der
Verdammten

Drama in 5 Akten.

Das Mädel vom Ballett

Lustspiel in 3 Akten.

Anfang 8 Uhr.

Betriebsstörung!



Ankerwicklungen
Neu- und Umwicklung für alle
Spannungen!
Ankerwicklung u. Elektromotoren-Reparatur.

„GUT-LAUF“
BÜRO: PANTALEONSTR. 12 — BETRIEB: KASSELSTR. 43
KÖLN 19 RM.

Wir zahlen jetzt für gebr. 1/4-Liter-

Sektflaschen Mk. 110.—

Weinflaschen „ 85.—

Rotweinflaschen „ 60.—

per 100 Stück und holen solche auf Wunsch
selbst ab.

Gebr. Zaun, Marktplatz.

Brennholz und Papierholz

kauft laufend jedes Quantum

J. Josselwitz, Holzgrosshdlg., Frankfurt a. M.,

Schillerplatz 57.

Achtung! Holzschuhe mit neuen Leerschuh.

Holzschuhe mit nied. Stoffschiffen.

Stoffschiffe zu Hauspantoffeln. Holzschu-
len, jede Nummer vorhanden. Schuhbe-
darf-artikel zu den billigsten Tagespreisen
bietet an

P. Gerharz

Niederlahnstein, Johannisstrasse 2

Wohnhaus

mit Scheune und Stallungen, 1 Hausgarten

und Wiese zu verkaufen von

Frau Ph. Piles wiv., Palersberg b. St. Goarshausen.

Volks- u. Operettentheater

Leitung: Max Dietrich u. Karl Brand
im Saale des Hotel Stolzenfels.

Dienstag, den 17. Februar

Schwank! Schwank!

Lachen!

Hoppla
Papa
siehts ja
nicht!

Schwank in 3 Akten von Faydeau.

Preise der Plätze:

Sperrsitze 3,50 Mk., 1. Pl. 2,75 Mk.,

2. Pl. 2 Mk.

Lebertran Emulsion, sowie
rein. Medicinal-Lebertran

empfehlen

Lahneck - Drogerie

Richard Richter, Adolfsstrasse 58.

Für altes Eisen und Guss,

sowie alle anderen Metalle, wie

Kupfer, Messing, Blei, Zink,
Zinn, Rotguss usw.

zahlen wir enorm hohe Preise.

Pilgfabrik Wagner,

Nastätten.

Verkauf von Unterlizenzen für das
Herstellungs- und Baurecht des

Neu! Neu!

Aufsehen
errösenden
Olbertsbau-
steines Sparwand

40-60%, billiger als alle anderen Baustoffe
Für die stärksten Mauern und Massbauten
sowie für d. einfachsten Notbauten anwendbar
Ersparung des inneren Raumpuzzes. Ausen-
putz ganz. Ausführungszeit in der Hälfte aller
anderen Baustoffe. Gesundheitlich der höchste
Erfolg, beliebig und trocken nach 30 Tagen.

Rheinische Baustoffindustrie, Coblenz

Schützenstrasse 71. Telefon 743.

Aus meiner Waldung „Weibertal“ habe

ich zirka

300 Kiefernslangen

8-10 m lang und Durchmesser 20 cm zu

verkaufen.

Angebote bis 25. Februar an

Josef Store, Hintermauergrasse.

zu hohen Preisen

Kaufe alles Papier,

auch Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und

Abfall.

Sofortiges Einstampfen.

Fr. Mohr, (Schickel Nachf.), O.-Lahnstein.

Maulwurfsfelle, Fuchsfelle,

Kaninchenfelle

kauft zu höchsten Preisen

C. Schwedhelm, Kürschnermeister

Oberlahnstein, Hochstrasse 31-33.

Tüchtig. Gärtner

zum Beschneiden von zirka 100 Obstbäumen

gesucht.

Bleiblicher Hof, bei Friedrichsseggen.

Zuverlässiger Zeitungsträger

oder -Trägerin

für einen Teilbezirk von Niederlahnstein

gesucht

Lahnsteiner Tageblatt

818

Man bestelle sofort
da Ernte sehr rasch
vergriffen sein wird,
dasselbe gilt auch
von d-n anderen
Sorten!

Riesen- Stangenbohnen

(Faba gigantesca).
Wird über 10 Meter hoch
liefert grosse, breite sehr
fleischige wohlschmeck-
ende grüne Schoten. Kann
Frost vertragen und lie-
fert noch im Spätherbst,
wenn schon alle anderen
Bohnenarten abgestorben
sind, immer noch Blüten
und grüne zarte Schoten.
Diese Bohne kann schon
im Monat April gelegt
werden, aber auch noch
später und bringt immer
noch reichen Ertrag. Es
ist die reichtragendste
Eimachbohne die bis jetzt
da ist.

1 Port. Samenbohnen
= 100 St. 8 Mk.
200 St. 15 Mk.

Aussaat dieser
Sorten von Oktober
bis Februar, man
erntet ja nach der
Aussaatzeit!

Baut mehr
Winter-Gemüse!

Wintergemüse u. Salat
bringen in die Grossstadt
gebracht, viel Geld ein,
werden sehr gut bezahlt
und sind leicht verkäuf-
lich!

Es eignen sich hierzu
vor allem:

Riesenblattspinat „Mah-

muth“ 1 Port. Mk. 2-

Derselbe ist vollständig

winterhart u. kann jetzt

schon gesät werden eben-

so Riesenkopfsalat „Eis-

kopf“ 1 Port. Mk. 2-

Wird so gross wie ein

Weisskraut und erfrisch-

t, wird jetzt ausgesät.

Riesen-Frühlingswie-

beln, silberweisse, grosse

saure u. feinschmeckende,

pro Portion Mk. 3- War

diese Zwiebel einmal ge-

baut hat, lässt sie nicht

mehr ausgehen.

Neu! Neu! Neu!

Die Eistrübe.

Das Saatgut hiervon

wurde auf dem Fürstlich

Erbach-Schönberg'schen

Hofgut Hohenstein ge-

züchtet. Sie stammt von

der langen, weissen rot-

köpfl. Ulmer ab; sie hat

den letzten Winter gut

überstanden. Diese Rübe

entwickelt sich den Win-

ter über sehr gut u. kann

bei offenem Wetter gesät

und eingeholt werden.

Alles V-h nimmt diese

Rübe sehr gering an u.

liefert sie mit Halberstoh-

häcksel vermisch ein sehr

gutes Mischfutter für all

Vieh und Mastfutter für

die Schweine. 1 Ko Sa-

men kostet 70 Mk. 1/4 Ko,

40 Mk., solange Vorrat

reicht! Aussaat Novemb.

und auch später. — Man

bestelle sofort.

Unter 1 Pfd. wird nicht

abgegeben!

Adolf Theiss,

Landwirtschaftlicher

Sachverständiger,

Zwickenberg a. d. R.

Rheumatismus

Reinhold, Magen- Darm-

Leber, Nierenleiden usw.

werden mit gutem Erfolg

behandelt von

Joh. Mohr,

Homöopathischer Heilun-

gler Cobl. Metternich

Trienerstrasse 123. Halte-

stelle Rübenerstrasse.

Sprechstunde: Mittwochs

und Freitags von vorm.

9-12 u. nachm. 2-5 Uhr.

Sonntags von 2-4 Uhr.

Empfehle mich im

Kleidermachen

in und ausser dem Hause

Nahes Niederlahnstein,

775 Emserstr. 58.

Möbl. Zimmer

mit Pension an Alteren

Herrn oder Dame in N-

lahnstein zu vermieten.

Anfragen befördert die Ge-

schäftsstelle u. R. 823.

1 Paar Schaffstiefel

Grösse 43-44 billig zu ver-

kaufen. Wo? sagt die

Geschäftsstelle.

827

Putzfrau

gesucht

Rebenveredlungs-

anstalt, Braubacherstr.